Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 u. 40. Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: [illegible] nur an Wochentagen bis 2 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile [illegible] 15 Pfg., für Aus- [illegible] 20 Pfg. [illegible] Zeile 40 Pfg. [illegible] Eine Bürgschaft für die nachfolgende Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. [illegible] Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche [illegible] an.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

F. Kaufmann & Sohn.
Grösstes
Musikwerk-, Orchestrion-, Symphonion-, Drehorgel-, Harmonium-, Instrumenten- und Saiten-Magazin.
König-Johannstr. und Ostra-Allee 19.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Reichste Auswahl von
Corsets
bester Qualität in allen Preisen, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.

Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Moritz Fuchs jun.,
Wallstrasse 14. Antonsplatz 14.
Beachtenswerthe billige Bezugsquelle sämmtlicher Neuheiten in Posamenten, Knöpfen, Spitzen, seidn. Bändern und sämmtlichen Kleiderzuthaten zur Damenschneiderei.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück von 6 Mark ab, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung bis Lebensgrösse von 40 Mark ab.
Waisenhaus-Strasse Nr. 34,
nahe dem Dippoldiswaldaer Platz.

Nr. 64. Spiegel: Kaiser und Kanzler. Landtagsverhandlungen. Schreiberstiftung. Gewerbeverein. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lotterieliste. „Nora". Carreno-Concert. | **Mittwoch, 5. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Zehn Tage lang haben die Verhandlungen zwischen Kaiser und Kanzler gedauert; einige Tage betrachtete sich Fürst Bismarck, wie gesagt wird, bereits nicht mehr als Reichskanzler; schließlich ist es zu dem Auswege gekommen, daß er im Amte bleibt. Fürst Bismarck will nicht zu dem Gerede Anlaß geben, daß er sich vor der siegreichen Opposition zurückgezogen habe. In diesem Stück würde man ihm auch entschieden Unrecht thun; die Rücksicht auf den Wahlausfall hätte höchstens das Gewicht der Gründe zu seinem vorgehabten Rücktritte verstärkt. Die Ursache dazu ist einzig in den sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler zu suchen. Mit dem Verbleiben in seinem Amte hat Fürst Bismarck andererseits jedoch auch ein glänzendes Beispiel von Selbstverleugnung bekundet. Er hat offenbar ohne Rückhalt einer abweichenden Meinung Ausdruck gegeben, aber er bleibt der ergebene Diener seines Herrn. Dem Kaiser würde es blutsauer angekommen sein, sich von einem so erfolgreichen, erfahrenen und von ihm hochverehrten Staatsmanne zu trennen; indeß er verfolgt seine eigenen Wege. An den bevorstehenden lebhaften Kämpfen im neuen Reichstage wird sich daher Fürst Bismarck betheiligen. Es kann sich nicht wiederholen, daß sich der einzige dem Reichstage verantwortliche Beamte, eben der Kanzler, während einer ganzen Tagung nicht ein einziges Mal in der Volksvertretung blicken läßt. Es war recht erfreulich zu lesen, wie vortrefflich der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh sei; leider blieb der Anblick der rüstigen Frische des Kanzlers dem Reichstage vorenthalten. Worin bestand denn die ganze Thätigkeit des letzten Reichstags? Abgesehen von der Erledigung des Haushalts darin, daß die Opposition monatelang wüthende Angriffe gegen die gesammte Reichspolitik richtete. Ihr Leiter und Träger jedoch überließ die Abwehr der Angriffe seinen untergebenen Beamten. Die Zügel der Regierung schleiften am Boden; man erhielt den Eindruck, als ob eine Regierung im politischen Sinne des Worts überhaupt nicht vorhanden war, sondern nur die Ressortgeschäfte erledigt würden. Das berechtigte Verlangen der Kartellparteien, ihren Führer zu sehen, ließ in den entscheidenden Stunden vor den Wahlen Fürst Bismarck unbefriedigt; sie sind denn auch darnach ausgefallen. Künftighin aber, darauf wird der Kaiser bestanden haben, wird der Kanzler da zu finden sein, wo seine Gegenwart unerläßlich ist: bei den Verhandlungen des Reichstags.

Man kann jetzt die Verlustliste der Kartellparteien übersehen: sie kehren etwa um 80 Mann weniger in den Reichstag zurück; die Nationalliberalen zählen nur 40, statt bisher 101, die Freikonservativen 22 statt 39, die Strengkonservativen sind verhältnißmäßig am besten weggekommen, 64 statt 77. Am schärfsten haben sich die Wahlen also gegen die Mittelparteien gewendet; die Konservativen haben den Verlust tüchtiger Kräfte zu beklagen. Zu den Nichtwiedergewählten zählen u. A. die Herren v. Helldorf, v. Rauchhaupt und v. Wedell-Piesdorf. Besonders ungünstig fielen die Wahlen in der preuß. Provinz Sachsen und in Hannover aus; Freisinnige, Sozialdemokraten und Welfen theilen sich hier in die Beute. Daß der Freisinn den Polen auch noch den Graudenzer und den Rosenberger Kreis ausgeliefert hat, soll man jener Partei auf das nationale Kerbholz schreiben. Es sind 8 Doppelwahlen vorgekommen: Herr v. Vollmar ist in München II. und in Magdeburg, 6 Freisinnige: Traeger in Varel und Berlin I., Baumbach in Berlin V. und Meiningen, v. Forckenbeck in Sagan und in Arnswalde, Gutfleisch in Giessen und Friedberg, Rickert in Danzig und Westhavelland, Goldschmidt in Ohlau und Gießen, der Centrumsmann v. Schorlemer in Bochum und in Hamm-Soest gewählt worden. Die letztere Doppelwahl ist bezeichnend: Bochum und Hamm zählen zu denjenigen westfälischen Kreisen, welche während des erbittertsten Kulturkampfes stets gegen die Ultramontanen gehalten wurden; jetzt hat sie der Freisinn einem Führer des Centrums, eben Herrn v. Schorlemer, in die Hände gespielt, der vor Kurzem noch so leidend war, daß er sein Mandat zum preußischen Abgeordnetenhause niederlegte. Uebrigens hat der Wiedereintritt Schorlemer's in's parlamentarische Leben auch sein Gutes: er wird den Umtrieben Windthorst's gegenüber die Stange halten. Bemerkenswerth ist auch, daß die jetzigen Reichstagswahlen den jüdischen Abgeordneten einige Verstärkung (Rechtsanwalt Stadthagen, Dr. Max Hirsch und Gutfleisch), dafür aber auch umgekehrt den Antisemiten (Stöcker und Dr. Böckel) Zuwachs gebracht haben: Liebermann v. Sonnenberg und die Redakteure antisemitischer Blätter: Zimmermann in Dresden und Werner in Kassel.

Kurz, es ist ein höchst buntscheckiger, widerspruchsvoller Reichstag, den sich das Volk in den Wahlen des 20. Febr. und um die Wende des Märzmonats gegeben hat. (Es sind rund 10 Millionen Wähler in die Listen eingetragen gewesen, davon haben etwa 7 ihr Bürgerrecht ausgeübt, also 70 Proz.) Die Aufgabe der Konservativen kann in dem neuen Reichstag unmöglich darin bestehen, sich in den Schmollwinkel zu stellen und die Dinge laufen zu lassen, wie sie laufen. Wer sich selbst in die Ecke stellt, den holt Niemand mehr heraus. Die Sozialdemokraten haben bei den Stichwahlen bei Weitem nicht eine solche Ernte an Abgeordnetensitzen eingeheimst, als man nach den Hauptwahlen befürchten mußte. Das Bürgerthum hat sich dem Ansturm dieser Partei gegenüber doch vielfach kräftiger erwiesen, als zu hoffen war. Ohne die Auslieferung von etwa 2 Dutzend Wahlkreisen durch die Freisinnigen an die Sozialdemokraten würde dieser die Uebermacht des Bürgerthums noch weit mehr zum Bewußtsein gekommen sein. Inwieweit die gewählten Sozialdemokraten sich an der Förderung des Arbeiterschutzes betheiligen, darüber dürften bereits die ersten Tage des Reichstags einigen Aufschluß geben. An und für sich aber kann man nicht behaupten, daß die Zusammensetzung des Reichstags, so wenig sie uns sonst zusagt, ungünstig für die Förderung der kaiserlichen Sozialreformen ist.

An den Börsen ist jetzt Heulen und Zähneklappern. Der von jedem Einsichtigen vorhergesagte Krach ist endlich eingetreten. Das Kartengebäude der hinaufgejagten Kurse ist umgeweht. Millionen gehen verloren. Die Abschlachtung des Publikums wird in großartigem Maßstabe betrieben. Man kann die Opfer der Spielwuth und Gewinnsucht nicht einmal recht bedauern. Alle Warnungen waren in den Wind gesprochen. Niemand wollte sich die Gelegenheit, mühelos durch Börsenspiel ein Vermögen zu verdienen, entgehen lassen. Wie immer zahlt nunmehr das Privatpublikum die Zeche; die Bankinstitute werden die Krisis überstehen und sogar aus dem Anfangen des Besitzes der ruinirten Existenzen ihre Kapitalmacht vergrößern. Die Aera einer wirklich sozialen Gesetzgebung, die nun endlich im Anzuge ist, wird, das hoffen wir zuversichtlich, nicht blind an dem Börsentreiben und den Einrichtungen der Börse vorübergehen. Darüber wird noch Manches zu sagen sein. Heute liegt noch eine andere Betrachtung nahe. Viele der Forderungen, welche die Arbeiter in den letzten Jahren erhoben, wurden ausdrücklich mit den hohen Kursen der Aktien der betr. Industriebetriebe begründet. Die westfälischen Bergleute besonders machten für den verlangten Lohnzuschlag von 50 Proz. ganz ausdrücklich die Kurshöhe der Kuxe geltend. Steigen die Kuxe um das 3-fache, schlußfolgerten sie, so kann ein Lohnzuschlag um 50 Proz. übertrieben werden? Das war unanfechtbar. Aber damit ist's jetzt aus. Die Bergwerkspapiere und sonstigen Industrieaktien sinken von ihrer künstlich emporgeschraubten Höhe wieder auf ihren natürlichen Werth zurück. Das wird den für das Frühjahr angekündigten Lohnkämpfen einen Dämpfer aufsetzen. Die Lage der Industrie ist im großen Ganzen gesund, sie ist auf lange Zeit mit lohnenden Aufträgen versehen. Zur Schwarzseherei ist also kein Grund. Daß aber der an der Börse mit den Industriewerthen getriebene Schwindel jetzt zusammenbricht, ist, so bedauerlich es auch ist, daß dabei viele Kapitalisten furchtbare Verluste erleiden, doch für die Allgemeinheit ein Gewinn. Nur so kann der Gesundheitsprozeß beginnen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. März.

Berlin. Der Kaiser ließ während seiner gestrigen Anwesenheit in Potsdam die zweite Garde-Artillerie-Brigade alarmiren. — General v. Fransecky ist in Wiesbaden schwer erkrankt. Seit einigen Tagen ist indeß eine Besserung eingetreten. — Der Staatssekretär im Reichsmarineamt, Contreadmiral Heusner, ist an einem schweren Herzleiden erkrankt und muß einen mehrmonatlichen Urlaub nehmen. — Der Bundesrath hielt heute eine Sitzung ab. — Die Nachricht, daß französische Missionare mit Dr. Peters am Tana zusammengetroffen seien, wird auch von Bercheret durch folgendes Telegramm an das Emin Pascha-Komitee widerlegt: „Englische sowie französische Meldungen durchaus unrichtig. Verwechselten mich mit Peters. Derselbe weilt vermuthlich in Kawirondo (Bucht am Viktoria-Nyanza). Ich sende durch Uganda-Missionare Nachricht an Peters." — Major Wißmann wird nächstes Frühjahr auf Urlaub in Berlin erwartet. Freiherr v. Gravenreuth ist zum Reichskommissar für Deutsch-Südwest-Afrika in Aussicht genommen. — Der „Voss. Ztg." wird berichtet: Für die deutsche Aktion in Ostafrika finden seit einiger Zeit erhebliche Neuanwerbungen in Egypten statt. Seit Mitte Februar werden in Kairo etwa 1000 Mann einexerzirt, hauptsächlich Sudanesen, darunter ein Theil der Leute Emin Paschas. Das gesammte angeworbene Kontingent beläuft sich auf 1000 Mann, die am 10. März von Egypten nach Sansibar abgehen werden. — Eine große Anzahl Mecklenburger Konservative erläßt gegen die sogenannte Mecklenburgische Rechtspartei, welche die Parole „Wahlenthaltung" ausgegeben hatte, eine Erklärung, die schließt: „Dem Vorgehen jener Partei gegenüber ist es uns ein Bedürfniß, offen zu bekennen, daß wir uns voll und ganz auf den Boden der von den Fürsten Deutschlands mitgegründeten und anerkannten Rechtsverfassung befinden und zu demselben, wie zu Sr. Majestät dem Kaiser das beste Vertrauen haben, daß sie, wie bisher, so auch in Zukunft die Interessen des Reiches und der Einzelstaaten zu vereinigen wissen werden. Wir schließen mit dem Rufe: Alt Mecklenburg für immer, alt Mecklenburg aber auch für Kaiser und Reich!" — Unter Berücksichtigung der bisher bekannten Stichwahlen sind gewählt: 68 Konservative, 22 Reichsparteiler, 39 Nationalliberale, 103 Centrumsmänner, 10 Welfen, 16 Polen, 13 Elsässer, 1 Däne, 70 Freisinnige, 10 Volksparteiler, 36 Sozialdemokraten, 4 Antisemiten und 2 Wildliberale.

Görlitz. Die Streikbewegung nimmt zu. Die Tapezier beschlossen, am 15. März die Arbeit niederzulegen. Auch ein Theil der Schmiedegesellen streikt.

Barmen. Der hier ausgebrochene Riemendreherstreik nimmt größere Dimensionen an. Gestern stellten in den Fabriken sämmtliche Arbeiter die Arbeit ein. Weitere Einstellungen werden erwartet. Einige Fabriken hatten vor Eröffnung des Streiks die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die großen Riemendrehereien werden von der Polizei überwacht.

Paris. Der bisherige Minister des Innern, Constans, spendete, bevor er das Ministerium verließ, 100,000 Frcs. für die Wittwen und Waisen der Pariser Zeitungsmänner.

Luxemburg. Die Regierung erhielt eine Einladung zur Theilnahme an der Berliner Arbeiterschutzkonferenz. Der Erzgrubenbesitzer und Deputirte Gischer-Dontone, der Luxemburg auf der Berner Konferenz vertreten sollte, wird den Staat wahrscheinlich in Berlin vertreten.

London. Gestern fand hier eine von 2000 Personen besuchte anarchistische Versammlung statt, welche eine Resolution gegen den Erlaß des deutschen Kaisers einstimmig annahm und die Resolutionen anderer Sozialistenversammlungen als Schwindel erklärten.

† Leipzig. Im Neuen Theater fand heute Direktor Stägemann's glanzvolle Inscenirung von „Wilhelm Tell" rauschenden Beifall, besonders die Rütli-Scene.

Die Berliner Börse zeigte heute eine festere Haltung. Das Geschäft war anfangs belebt, wurde aber später ruhiger. Von Banken Diskontokommandit auf Jahresabschluß belebt und steigend. Auch deutsche Banken meist höher; von Eisenbahnen vorwiegend Duxer besser. Bergwerke mehrfach prozentweise höher, fremde Renten still. Im Kassaverkehr Banken fast durchweg erholt, Dresdner Bank 2¾ Proz. höher. Eisenbahnen erholt, Bergwerke ruhiger und meist höher. Andere Industriepapiere mäßig belebt und vielfach befestigt. Deutsche Fonds fest, österreichische Prioritäten gut behauptet. Privatdiskont 3⅛ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Vorwiegend heiter, wärmer, West-Nord-West-Wind.

Berlin. Die der heutigen Aufsichtsrathssitzung der Diskonto-Gesellschaft vorgelegte Bilanz weist einen Reingewinn von 13,788,291 Mk. gegen 9,489,107 Mk. im Vorjahre auf. Vorgeschlagen wird eine 11proz. Dividende und die Ueberweisung von 10 Proz. des Reingewinns zur besonderen Reserve. Die Gesammtreserve beträgt ohne die Contoreserve 21,721,175 Mk. gegen 14,191,228 Mk. im Vorjahre.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 283,62, Staatsb. 195,25, Lomb. 112,50, Galizier —,—, Egypter 95,70, 4proc. Ung. Goldr. 88,40, Diskonto 238,20, Dresdn. Bk. 175,10, Laura 151,80, Gelsenk. —,—. Fest.

Wien. (Abends.) Credit 316,10, Staatsbahn 225,00, Lombarden 132,50, Nordwest 202,50, Marknoten 58,25, Ung. Credit 349,50. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 88,50, Anleihe 105,75, Italiener 93,27, Staatsbahn 482,50, Lombarden 298,75, do. Prioritäten —, Spanier 73⅛, Egypter 480,00, Ottomanen 520,00, Türkenloose 508,75. Ruhig.

Berlin. Produkten (Schluß.) Weizen per März 21,60, per Mai-August 21,40, ruhig. Spiritus per März 35,40, per Septbr.-December 38,25, ruhig. Rüböl per März —,—, per September-December —,—.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 198, per Mai 202. Roggen per März 145, per Mai 145.

Oertliches und Sächsisches.

— Gestern Nachmittag 5 Uhr fand im Königl. Schloß eine größere Hoftafel statt, zu welcher die Herren Gesandten Graf Dönhoff, Graf Chotek, Freiherr v. Niethammer, russischer Ministerresident Baron Mengden, der großbritannische Geschäftsträger Mr. Strachey, die Generale v. Wolf, Larraß, v. Raab, die Obersten der hier garnisonirenden Regimenter und Mitglieder der Ständekammern geladen waren.

— Pastor Göllnitz in Lengefeld erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse vom Verdienstorden.

— Dem Postkassirer Lohmann in Bautzen wird vom 1. April ab die Postdirektorstelle in Wurzen übertragen.

— Landtag. Die Erwartung, daß die Verhandlung über den Polizeietat wie schon regelmäßig in früheren Sessionen auch diesmal zu lebhaften Auseinandersetzungen führen würde, hatte gestern die Tribünen der zweiten Kammer bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Regierungstribüne, auf welcher sich zahlreiche höhere Beamte eingefunden hatten, bemerkte man auch den Flügeladjutanten Sr. Majestät des Königs, Major v. Haugk. Ohne Debatte verwies zunächst die Kammer das bereits erwähnte Dekret betreffs eines Uebereinkommens mit der Schwarzburg-Rudolstädtischen Regierung über die Vollstreckung von Gefängnißstrafen an die Finanzdeputation A und genehmigte den Etat der Gendarmerie-Anstalt. Zum Kapitel Polizeidirektion Dresden (Präsident Dr. Haberkorn hatte den Vorsitz inzwischen an den Vicepräsidenten Streit abgegeben) bemerkt der Berichterstatter v. Oehlschlägel, daß sich die Deputation mit dem zwischen der Stadt Dresden und der Regierung bezüglich der Einverleibung von Strehlen und Zschertnitz getroffenen Uebereinkommen, wonach Dresden künftig einen weiteren Beitrag von 20,000 Mk. jährlich zu den Kosten der städtischen Polizeiverwaltung zu zahlen habe, nicht befriedigt erklären könne, sondern Ablehnung beantragt. Der Beitrag Dresdens zu den Gesammtkosten der Polizei betrage jetzt nur 12 Prozent; es sei deshalb an der Zeit, eine Aenderung des Vertrages eintreten zu lassen. Das Mehrgebot von 20,000 Mk. aus Anlaß der Einverleibung der beiden Orte sei zwar für die gegenwärtige Zeit ein bedeutendes, doch wünsche die Deputation an Stelle dieses Beitrages einen festen Maßstab für eine Steigerung der Leistungen entsprechend der Zunahme der Bevölkerung eintreten zu lassen. Abg. Hönisch entgegnet, er verkenne nicht, daß die Bedenken gegen eine dauernde Feststellung des Beitrages Manches für sich hätten, doch halte er es für wünschenswerth, eine längere Verzögerung der Einverleibung der beiden Orte ohne Noth nicht eintreten zu lassen. Lehne die Kammer die Vorlage ab, so mache sie es unmöglich, die Einverleibung von Strehlen und Zschertnitz zu vollziehen. Das Interesse liege übrigens auf Seite Strehlens, nicht Dresdens. Abg. Kaden beschwert sich über das gegen die sozialdemokratischen Verrufserklärungen gerichtete Polizeiverbot von Vertheilung von Druckschriften auf öffentlichen Straßen ꝛc. Nicht die Sozialdemokratie habe den Boykott heraufbeschworen, sondern die heute dominirenden Parteien und die Regierung selbst. Jetzt, wo die Arbeiter den Spieß umgedreht hätten, komme die Regierung und verbiete den Boykott. Fälschlich sei behauptet worden, daß bei dem Vertheilen von Flugblättern erst durch das Einschreiten der Polizei ein Tumult verhütet worden sei. Im Gegentheil, gerade durch Unteroffiziere und Feldwebel des Schützen- und Gardereiterregiments seien die Leute gerempelt und aufgefordert worden, Krawall anzufangen (Präs. Streit macht den Redner darauf aufmerksam, daß er Beschuldigungen gegen Mitglieder des Heeres ausspricht und dieselben nach Befinden werde beweisen müssen.) Das Kriegsministerium verhänge gegen jeden Geschäftsmann, der sozialdemokratisch angehaucht sei, das Militärverbot. Hierbei erkläre die Militärverwaltung, sie bekomme ihre Instruktionen von den Polizeibehörden. Sogar eine Frau, die Wittwe des verstorbenen Sozialdemokraten Kahler, die ein Wäschegeschäft habe, sei von dem Militärverbot betroffen worden. Weiter erinnerte der Redner an die Ausschließung seiner Person vom Besuche des Neustädter Rathskellers und fährt dann fort: „Wenn hier Jemand von den Herren Unsinn! ruft, so erwidere ich, daß die Herren vielleicht noch ganz anderen Unsinn gesprochen haben. (Präs. Streit: Wenn dieser Ausdruck gefallen ist, so ist er als Unrecht zu rügen. Ich kann aber auch nicht zugeben, daß in dieser Weise geantwortet wird.) Da das Kriegsministerium selbst das Boykott-System in ausgedehntem Maße handhabe, so könne er also mit vollem Recht die frühere Behauptung des Ministers des Innern zurückweisen, daß die Sozialdemokraten die Urheber dieses Verfahrens seien und zu ihren Parteizwecken den Leuten die ehrliche Nahrung entzögen. Abg. Opitz bestreitet, daß der zwischen der Stadt Dresden und dem Staate abgeschlossene Vertrag betreffs der Kosten der Polizeiverwaltung civilrechtliche Geltung habe. Dem Abg. Kaden entgegnet er, niemand werde dessen Ansicht theilen, daß die Polizei etwas Anderes wolle, als ihre Pflicht thun und die Ruhe aufrecht erhalten. Bei den Sozialdemokraten sei der Zweck des Boykotirens die Verfolgung ihrer Parteiabsichten und die Vernichtung der bürgerlichen Existenz Anderer, den Militärverboten aber liege die berechtigte Absicht zu Grunde, die Disziplin innerhalb des Heeres aufrecht zu erhalten. Abg. Philipp konstatirt, daß es Niemand eingefallen ist, dem Abg. Kaden „Unsinn!" zuzurufen. Er vermuthe, daß der Abg. Kaden von einer Sinnestäuschung befallen gewesen sei in dem Glauben, daß seine Worte wohl dazu angethan waren, einen derartigen Zuruf zu provoziren. (Präs. Streit ruft den Abg. Philipp zur Ordnung, ebenso einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der „Angelogen!" rief.) Abg. Wetzlich erklärt, die vom Abg. Kaden verhauptete Aeußerung „Kauft bei keinem Juden!" habe noch auf keinem Plakate des „Gewerbeschutzes" gestanden. Als einen Mißstand rügt er, daß die Stadt Dresden im Sommer Morgens [illegible]

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42).
Butter täglich 3 Mal frisch.